Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)
San Remo, 9. Februar. Dr. Bramann nahm bei dem Kronprinzen heute Nachmittag 4 Uhr 50 Minuten den Luftröhrenschnitt vor. Der Zustand des Kronprinzen ist befriedigend.
San Remo, 9. Februar. Dr. Bramann vollzog die Tracheotomie glücklich. Geh. Rath Prof. Dr. v. Bergmann befindet sich auf dem Wege nach hier.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 46,000 Exempl.

Theater-u. Maskengarderobe-Magazin I. Ranges von Math. Klemich
Wilsdrufferstrasse 17, II. und III. Et.
Dominos nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben.
Costumes auf Wunsch nach Maass. Versandt nach auswärts prompt.

Dresden, 1888.

Neueste Börsen-Telegramme.

Frankfurt a. M., 9. Febr. (Schluß.) Credit 213¾. Staatsbahn 171. Lomb. —,—. Galizier 153,75. Gnapter 74,50. 4proz. Ung. Goldrente 77,00. Disconto 186,50. Behauptet.

Wien, 9. Februar. (Schluß.) Credit 268,40. Staatsbahn 213,25. Lomb. 80,25. Nordwestbahn 153,00. Pfandbriefe 62,50. Ung. Credit 270,50.

Stettin, 9. Febr. (Getreidem.) Weizen flau, loco 162—164, April-Mai 165,50, Juni-Juli 169,50. Roggen flau, loco 105—111, April-Mai 110,00, Juni-Juli 120,50. Pommerscher Hafer loco 107—108. Rüböl per Februar 45,50, April-Mai 45,50. Spiritus matt, loco ohne Faß verkauert 97,00, mit 50 M. Consumsteuer 48,50, mit 70 M. Consumsteuer 30,30 April-Mai 29,10. Petroleum loco verzollt 12,50.

Theater- und Masken-Garderobe I. Ranges
Dominos in schwarz und couleurt
Bertha Streng, Schlossstrasse 24, II.
(vis-à-vis Herrn Hof-Conditor Adam).
Meinem alten Rufe getreu grösste Sauberkeit und Accuratesse. Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Ratanhia-Mundwasser-Zahntinctur,
heilkräftig, antiseptisch, erfrischend, Fl. 1 Mk., auf 12 Fl. 1 Fl. Rabatt.
Königl. Hofapotheke Dresden,
am Georgenthor.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon Nr. 389.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstr. 1—3.

Nr. 41. Spiegel: Das neue Wehrgesetz. Unruhe in der Presse. Hofnachrichten, Exc. v. Weber, Landtagsverhandlungen, Ballfest des Elisabeth-Vereins, Classische Sprachen als Bildungsmittel, Schneefall, Gerichtsverhandlungen. Bismarck in Friedrichsruhe. Philharmonisches Concert.

Freitag, 10. Februar.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Otto in Dresden.

Schweigend und einstimmig hat der Reichstag der neuen Wehrvorlage zugestimmt. Täuscht nicht Alles, wird er ebenfalls schweigend und einstimmig das Anleihegesetz genehmigen, welches die Ausführung der Wehrvorlage ermöglicht. Die 700,000 neue Krieger, welche das Landwehr- und Landsturmgesetz auf die Beine bringt, wollen eingekleidet und bewaffnet sein, dazu sind 280 Millionen Mk. erforderlich. Wer den Zweck will, muß die Mittel bewilligen. Die Wehrvorlage stellt das 2. Aufgebot der Landwehr wieder her und erweitert den Landsturm, beides mit der bestimmten Absicht, im Bedarfsfalle auch diese Truppentheile gleich der Linie und der Reserve vor den Feind zu bringen, d. h. der Feldarmee zuzutheilen. Es bleibt blos zu wünschen, daß dieser Bedarfsfall so spät wie möglich eintritt. Vertrauensvoll darf jetzt Deutschland, das eine so schwere Last auf sich genommen, erwarten, daß es Niemanden gelüsten wird, die Wucht und Schneidigkeit des deutschen Schwertes herauszufordern. Gehobenen Hauptes konnte Fürst Bismarck in die Zukunft blicken: Deutschland ist im Besitze dessen, was es unumgänglich braucht, es verfügt nunmehr auch vollauf über die Kraft, das Erworbene zu behaupten. Es bedroht Niemanden, es trachtet nicht nach fremdem Besitz; lasse man uns in Ruhe und wir werden Niemandem ein Haar krümmen. Recht wohl verständlich ist es uns, daß die Franzosen diese Selbstlosigkeit und Friedensliebe Deutschlands nicht begreifen können. Die Franzosen müßten nicht Franzosen sein, verhielte es sich anders. Es ist den Franzosen geschichtlich in Fleisch und Blut übergegangen, daß jede starke Macht darauf auszugehen habe, neue Kriege zu führen, ihren Ruhm zu mehren, sich auf Kosten ihrer Nachbarn zu vergrößern. So hielten es Richelieu, Ludwig XIV., die große Revolution und die beiden Napoleone. Von sich selbst und ihrer eigenen Geschichte aus schließen sie auf Andere und es ist ihnen platterdings unfaßbar, daß die gewaltige Macht im Herzen Europas nicht auf die Vergewaltigung Anderer ausgehen solle. Daß das Deutsche Reich 17 Jahre lang Frieden gehalten und wiederholt der Versuchung widerstanden hat, durch Angriffskriege seine Feinde niederzuschlagen, während der französische Republik in derselben Zeit zwei Kriege führte, macht sie nicht irre in ihrer Voreingenommenheit. Die Franzosen sind nicht davon abzubringen, daß Deutschland Schlimmes im Sinne habe, weil sie selbst in der gleichen Lage bereits das Schlimmste unternommen hätten.

Namentlich fürchten die Franzosen, daß der Prinz Wilhelm sobald er an das Regiment gekommen sein wird, trachten würde, kriegerische Lorbeeren zu pflücken. Darauf hin hat soeben bei passender Gelegenheit (es war bei einem zu Ehren des Brandenburgischen Provinzial-Landtags gegebenen Festmahl) der edle Prinz eine treffliche Abfertigung ertheilt. Er sprach: „Ich weiß wohl, daß im großen Publikum und speziell im Auslande mir leichtsinnige, nach Ruhm lüsterne Kriegsgedanken imputirt werden: Gott bewahre mich vor solchem verbrecherischen Leichtsinn — ich weise solche Anschuldigungen mit Entrüstung zurück!"

Auch das wird die Franzosen nicht beschwichtigen. Sie sind eben nicht zu heilen. Daher erklärt die Pariser Presse die friedlichen Erklärungen des Fürsten Bismarck für leere Worte — die Hauptsache sei die vom Reichstag genehmigte Steigerung der Wehrkraft Deutschlands, und dies stände im Widerspruch mit den Erklärungen Bismarck's. Das Gefühl der Ohnmacht hat die Franzosen überkommen, und sie empfinden daher jetzt, trotz der Bismarck'schen Rede, das Bedürfniß, sich gegen die vermeintlichen bösen Absichten Deutschlands zu decken. Sie dringen auf den Abschluß eines Bündnisses mit Rußland. Eine Konvention rein militärischen Inhalts soll schon vor Jahren vorbereitet, aber nicht zum Abschluß gediehen sein. Deutschland kann der Wiederholung dieses Versuchs im Gefühle seiner Kraft und im Besitze eines reinen Gewissens ruhig entgegensehen. Der Deutsche fürchtet nur Gott, sonst Nichts in der Welt!

Die russische Presse bietet betreffs der Beurtheilung der Bismarck'schen Rede ein widerspruchsvolles Bild. Obwohl aus den vom Fürsten Bismarck entwickelten Gründen nicht so sehr viel darauf ankommt, was die russischen Zeitungen schreiben, kann man sich doch nicht der Aufgabe entziehen, in Kürze den betreffenden Inhalt anzugeben. Recht ermuthigend klingen die Auslassungen der in französischer Sprache geschriebenen „Petersburger Zeitung", die gestern mitgetheilt wurden; andererseits verhehlen die panslavistischen Zeitungen ihr tiefes Mißvergnügen nicht. Mit bitteren Worten heben sie hervor, daß das deutsch-österreichische Bündniß gegen Rußland noch unter dem Deutschenfreund Alexander II. abgeschlossen worden sei; sie führen dies an, um scheinbar zu beweisen, wie undankbar und falsch doch im Grunde genommen Deutschland sei. Sie übersehen und verschweigen dabei, daß selbst der Deutschenfreund Alexander II. von den Panslavisten dazu gedrängt wurde, an Deutschland unbillige Forderungen zu stellen. Als die Zumuthungen so arg wurden, daß Deutschland sogar zum Einschreiten gegen Oesterreich wegen dessen Besitzergreifung von Bosnien aufgefordert und es selbst von Rußland bedroht wurde, da blieb eben Bismarck keine Wahl: er schloß das Bündniß mit Oesterreich ab. Dieses ist jedoch, wie wir wissen, nur das Minimum unserer auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen. Wir haben mit Italien und mit Rumänien ähnliche sich gegen jeden Friedensbrecher richtende und diese zum Ruhehalten zwingende Bündnisse.

Zuzugeben ist, daß sich ein durchgreifendes Vertrauen in die Erhaltung des Weltfriedens erst dann einstellen wird, wenn sich Rußland entschlösse, seine militärischen Maßnahmen rückgängig zu machen. Die Aufrechterhaltung so beträchtlicher Streitkräfte an seinen Westgrenzen kostet ein Heidengeld und hat doch eigentlich keinen rechten Sinn, wenn Rußland in allen seinen Theilen ernstlich den Frieden will. In dieser Richtung ist es eine willkommene Nachricht, daß soeben der dritte russische Anleiheversuch bei einer Gruppe belgischer und holländischer Finanzhäuser endgiltig scheiterte. Diese Bankinstitute überzeugten sich von der Gefährlichkeit des Unternehmens: sie wären außer Stande gewesen, die neue russische Anleihe an das Privatpublikum unterzubringen, da weder in Belgien, Holland, noch in Frankreich, am allerwenigsten in Deutschland für so unsichere Papiere ein Absatzmarkt zu beschaffen wäre. Um aus den Anleiheverhandlungen, in die sich eingelassen zu haben jene Bankgruppen längst reute, wieder herauszukommen, wollten sie die neue Anleihe nur zum Kurse von 50 Prozent übernehmen. Eine solche Schätzung des russischen Staatskredits war aber dem Czaren doch außer dem Spaße und er weigerte seine Zustimmung unbedingt. Frankreich selbst steht vor der Nothwendigkeit einer baldigen großen Anleihe. Rußland wird daher bei sich selbst eine Zwangsanleihe, man sagt von 500 Millionen Rubel aufnehmen müssen, um seine Bedürfnisse zu bestreiten. Auch das wird die Kriegslust der Panslavisten wohl ein Wenig abkühlen.

Beschämend aber ist es, daß es immer noch deutsche Zeitungen giebt, welche an der großen Friedensrede des Fürsten Bismarck mäkeln. Die Deutschfreisinnigen und die à la baisse spekulirenden Börsenzeitungen unterstützen damit das uns antipathische Ausland. Sie bleiben dabei, den Horizont für bewölkt zu erklären; die Friedensliebe Deutschlands sei zwar unzweifelhaft, aber die Friedenslage trotzdem nicht gefahrlos. Auch die „Post", die seit 17 Jahren ununterbrochen den Krieg prophezeit hat, setzt das Handwerk der Beunruhigung der Geschäftswelt fort. Fürst Bismarck hat die finsteren Darstellungen der „Post" zwar gründlich Lügen gestraft, aber diese Beschämung stört die kriegsholdige „Post" nicht. Welchen Schaden sie damit anrichtet, ist gar nicht zu sagen. Ein solches Verhalten verdient die schärfste Verurtheilung und die freikonservative Fraktion sollte mit diesem Unfug ihres Parteiblattes so schnell als möglich aufräumen. Mit gutem Grunde sagt Bismarck's Leibblatt, die „Nordd. Allg.", daß der Conflict der auf internationalem Gebiet engagirten Machtfragen unvermindert fortbestehe; indessen seien die Gemüther wenigstens von der Sorge unmittelbar bedrohlicher Zuspitzung entlastet.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. Febr.

Berlin. Reichstag. 2. Berathung des Militäranleihegesetzes. Referent Abg. Hühne theilte mit, daß die auf das preußische Kontingent entfallende Summe wie folgt verwendet werden soll: Artillerietaterial, Waffen, Munition und Unterbringung derselben 163,242,000 Mk.; Feldgeräthe und Schanzzeug 9,344,000 Mk.; Ausrüstung und Bekleidung 33,958,000 Mk.; Unterbringung der Bekleidung und der Truppenfahrzeuge 3,479,000 Mk.; Verpflegungsgelder 2,124,000 Mk.; Sanitätswesen 646,000 Mk.; Bureauwesen 197,000 Mk. Für das sächsische und württembergische Kontingent wurden entsprechende Beträge festgesetzt. Das Gesetz ward debattelos angenommen. Die anwesenden Sozialdemokraten (Bebel und Singer) und der Däne Johannsen stimmten dagegen. — Dann folgte die 3. Berathung des Antrages auf Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre. Abg. Meyer-Jena: Die von Rickert beantragte Verfassungsänderung (Diätenantrag) sei viel einschneidender als der vorliegende Antrag. Der Vorwurf einer leichtfertigen Abänderung der Verfassung sei demnach unbegründet. Die Nationalliberalen erklärten wiederholt, zur Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes die Hand nicht bieten zu wollen. Wenn sich Abg. Hänel auf Miquel berufen habe, der gesagt, daß die häufigen Wahlen die Bekämpfung des Partikularismus erleichterten, so treffe das nicht mehr zu, da der Reichsgedanke bei uns kräftig und unangefochten lebe. Abg. Bamberger: Als er früher die Verlängerung der Wahlperioden gefordert habe, so sei der Reichstag noch ein starkes Parlament gewesen. Niemanden könne nicht bestreiten, daß wir in liberaler Beziehung zurückgegangen sind. Regierungen, die solche Niederlagen erlitten hätten wie die unsinige mit dem Tabaksmonopol, würden in anderen Ländern längst verschwunden sein. Das ganze Odium der Maßregeln werde bei den Nationalliberalen hängen bleiben. Abg. Stöcker (kons.) bestreitet, daß der Antrag ein weiterer Schritt zur Reaktion sei. Wir stünden vor so vielen politischen, konfessionellen und sozialen Streitpunkten, daß die häufige Agitation etwas Gefährliches enthalte. Wer die tief aufwühlende Agitation besonders in Berlin kenne, müsse anerkennen, daß es Pflicht einer weisen Staatsleitung sei, hier Wandel zu schaffen. Parteien wie der Fortschritt und die Sozialdemokratie, brauchten die Agitation in kurzen Zwischenräumen. Bei den letzten Wahlen haben förmliche politische Brunnenvergiftungen stattgefunden. So seien Kriegsgerüchte in freisinnigen Flugblättern frivol erfunden erklärt worden. Das Vertrauen zu der Regierung werde systematisch untergraben. Höher als die Parlamente, worin die Leute ihre Meinung jährlich wechselten, stehe die Monarchie als dauernder rocher de bronce. Redner dankt Beuningen für die Unterstützung des Aufrufs zur Bekämpfung des kirchlichen Nothstandes. Die Verschmelzung der politischen mit der religiösen Frage müsse einmal aufhören. Abg. Dr. Windthorst: Die Consequenz der Ausführungen Stöcker's wäre eine Beseitigung des Parlamentes. Dann müßte aber die alte Monarchie wieder geschaffen werden, wo der Monarch väterlich regiere, nicht die Minister. Nachdem noch Abg. Hänel gegen Stöcker polemisirt, wird der Antrag mit den Stimmen der beiden Konservativen und der nationalliberalen Partei angenommen. — Morgen Anleihegesetz, Vogelschutz und Wahlprüfungen.

Berlin. Das preußische Abgeordnetenhaus überwies heute den Antrag Kropatscheck auf Gleichstellung der an nichtstaatlichen höheren Lehranstalten angestellten Lehrer mit der an Staatsanstalten angestellten an eine Kommission zur Vorberathung. Eingegangen ein Antrag Hansen und Gen. auf Herabsetzung des Immobiliar-Kaufstempels (jetzt 1 Prozent.)

Berlin. Die Sozialistengesetzkommission, welche die ersten 19 Paragraphen des Sozialistengesetzes unverändert angenommen und die Milderungsanträge Dr. Windthorst's abgelehnt hatte, lehnte bei fortgesetzter Berathung die in § 22 vorgeschlagene Aenderung (mindestens 3ährige Gefängnißstrafe bei Zuwiderhandlungen gegen die §§ 17 bis 20), ebenso wie den neueingeschobenen § 22a Expatriirung gegen die Stimmen der Deutschkonservativen ab und genehmigte die §§ 20 bis 22 in der bisherigen Fassung.

London. Parlamentseröffnung. Die Thronrede sagt: Die Königin erhält fortgesetzt von allen Mächten herzliche Versicherungen freundschaftlicher Gefühle und des lebhaften Wunsches den Weltfrieden aufrecht zu erhalten und hofft, die Abstreckung der afghanischen Grenze werde beitragen, die Möglichkeit eines Mißverständnisses zwischen England und Rußland bezüglich der asiatischen Besitzungen zu beseitigen. Vom Wunsche beseelt, das Blutvergießen zu verhindern, sandte die Königin eine Mission an den König von Abessinien, hoffend, denselben vom Kriege gegen Italien abzurathen. Sie bedauert lebhaft, daß die Bemühungen erfolglos geblieben sind. Die Thronrede erwähnt den Abschluß der Suezkanalverhandlungen mit Frankreich, sowie das Hebriden-Abkommen mit demselben.

Paris, 9. Februar. (Schluß.) Rente 83,32. Anleihe 196,60. Italiener 92,65. Staatsbahn 421,75. Lombarden 176,25. do. Prioritäten —,—. Spanier 66,68. Egypter 393,12. Ottomanen 512,00. Neue Anleihe —. Türken —. Träge.

London, 9. Februar. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102⅛. 1876er Russen 90⅛. Italiener 91⅞. Lombarden 7. Konv. Türken 15⅛. 4proz. fundirte Amerikaner 129⅞. 4proz. Ungar. Goldrente 75⅞. Oesterr. Goldrente 88. Egypter 73⅞. Neue Egypter 100⅛. Garant. Egypter 102⅛. Ottomanbank 9⅝. Suez-Actien 85⅞. Spanier 66⅝. — Stimmung: Matt. — Wetter: Mild.

Amsterdam, 9. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März 191, per Mai 192. Roggen per März 103, per Mai —.

Paris (Produkten). 9. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 28.40, per Mai-August 24.25, behauptet. Spiritus per Februar 47.00, per Mai-August 46.00, matt. Rüböl per Februar 53.25, per Mai-August 53.25, matt.

Berlin, 9. Februar. Der Aufsichtsrath der Nationalbank für Deutschland beschloß, 6 Procent Dividende vorzuschlagen.

Lokales und Sächsisches.

— Gestern Nachmittag fand bei den Königl. Majestäten Familientafel statt, an der Se. Königl. Hoheit Prinz Georg mit hoher Familie, einschließlich der Frau Erzherzogin Maria Josepha Theil nahmen.

— Se. k. k. Hoheit Erzherzog Otto von Oesterreich hat sich gestern früh 1 Uhr 25 Minuten mit dem Wiener Schnellzuge nach seiner Garnisonstadt Brünn zurückbegeben.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz von Mecklenburg nebst Gemahlin wird nächsten Sonntag zum Besuch bei Ihren Königl. Majestäten eintreffen und im Mittelbau des Residenzschlosses Wohnung nehmen. Der Aufenthalt wird ungefähr acht Tage währen.

— Der Prinz Maximilian Lamoraal von Thurn und Taxis, Legationsrath bei der kgl. preußischen Gesandtschaft in Dresden, der sich mit seiner Gemahlin auf einige Tage nach Berlin begeben hatte, ist jetzt wieder auf seinen Posten zurückgekehrt. Hingegen ist der Prinz Albrecht von Altenburg von Schloß Albrechtsberg mit seiner Gemahlin zu mehrtägigem Aufenthalt nach Berlin gegangen.

— Landtag. Die 2. Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Cultusetat nach den von der Finanzdeputation A genehmigten Vorschlägen der Regierung an. Den Löwenantheil der Berichterstattung hatte Abg. Uhlemann-Görlitz, den Rest Abg. Hauschild übernommen. Bei dem Kapitel „Universität Leipzig" wirft Abg. Ahnert die Frage auf, ob es denn unabweisbar sei, jedes Jahr Millionen für neue Hochbauten zu bewilligen, die es mit sich bringen, daß andere Landestheile benachtheiligt werden. Er bitte die Regierung um Aufklärung, ob durch den Neubau der Universitätsentbindungsanstalt die alten Räume derselben nicht zu Bibliothekszwecken oder zur Aufnahme der Amtshauptmannschaft hätten verwendet werden können. Auch habe er Interesse zu erfahren, ob der Ankauf des alten Buchhändlergebäudes etwa spekulativen Zwecken dienen solle. Cultusminister Dr. v. Gerber erwidert, eine Verwendung der alten Entbindungsanstalt als Universitätsbibliothek sei unmöglich, da weder genügende noch passende Räume vorhanden wären. Der Kauf der Buchhändlerbörse geschehe in der Absicht, das alte Areal der Universität wieder zu completiren, und solle durchaus nicht der Spekulation dienen. Abg. v. Vollmar richtet an die Regierung die Frage, ob dieselbe geneigt sei, die Landesuniversität auch dem Frauenstudium zu öffnen (Gelächter). Ueberall in der civilisirten Welt habe das Frauenstudium mehr und mehr Eingang gefunden, auch der preußische Minister habe seine Bereitwilligkeit erklärt, zur wissenschaftlichen Ausbildung der Frauen die Hand reichen zu wollen. Weiter stelle er die Frage an die Regierung, ob dem Ministerium amtlich bekannt sei, daß sich Studenten der Universität wie des Dresdner Polytechnikums activ an der politischen Bewegung bei den Reichstagswahlen betheiligt hätten, und was die Regierung hierüber denke. Cultusminister Dr. v. Gerber: Bezüglich des Studiums der Frauen auf den Universitäten stehe die Regierung auf dem Standpunkt und werde auf demselben stehen bleiben, daß Frauen nicht zum Besuch der Universität zugelassen werden (Rufe: Sehr richtig!). Dies sei die Anschauung, die im gesammten deutschen Volke über die Stellung der Frauen herrsche. Was die Betheiligung der Studirenden an politischen Bestrebungen anlange, so sei deren Aufgabe vor Allem, zu lernen; er sei aber weit entfernt, den jungen Studirenden zu verwehren, an den Interessen des politischen Lebens theilzunehmen, soweit dies den Interessen ihres Studiums entspricht. Wenn aber seitens derselben ein Eintreten für sozialdemokratische Zwecke erfolgen sollte, so werde dem vom Ministerium mit aller Energie entgegengetreten werden. Abg. v. Vollmar: Hierdurch sei festgestellt, daß Alles, was seitens der Regierung von gleichem Rechte aller Stände gesprochen werde, die reine Heuchelei sei (für diesen Ausdruck wird Redner vom Präs. Dr. Haberkorn zur Ordnung gerufen). Abg. Kaden (loc.): Zu den Kosten für die Universität müßte das gesammte Volk beitragen, auch die Sozialdemokraten, die gegenwärtig die stärkste Partei im Lande seien (Widerspruch), und doch würde hierbei mit verschiedenem Maße gemessen. Man nenne es rüpelhaft, wenn sich Fortbildungsschüler mit den Fäusten schlügen: wenn sich Studenten das Gesicht zerschlagen, das sei auch rüpelhaft. Was auf die Schulbank gehöre, habe sich nicht um Politik zu bekümmern. Redner erzählt dann, wie ein Lehrer Namens Hunger, seines Amtes entsetzt worden sei, blos weil er sozialdemokratische Werke studirt habe. Abg. v. Oehlschlägel erklärt, es liege der conservativen Partei, wie überhaupt den Cartellparteien fern, in der Jugend die Entwickelung des idealen Geistes zu verhindern. Wenn aber die Jugend durch sozialdemokratischen Einfluß aufgeregt werde, so sei es ganz recht, daß man dies zu verhindern suche, wie dies der Herr Minister ausgesprochen habe. Abg. Dr. Fischer stellt den von Abg. Kaden erwähnten Fall dahin richtig, daß der disziplinirte Lehrer im regsten Verkehr mit sozialdemokratischen Agitatoren gestanden und dieses sogar während der Schulzeit fortgesetzt habe. Die Positionen zum Neubau des Entbindungsinstituts und zum Ankauf der alten Buchhändlerbörse finden hierauf einstimmige Genehmigung. — Anläßlich des Kapitels: „Polytechnikum Dresden" spricht Abg. Grahl im Namen der Techniker der Regierung den Dank aus, daß sie es durchgesetzt habe, daß das Zeugniß der Techniker auch in Preußen anerkannt wird. Er bitte die Regierung, auch bezüglich der Titelfrage eine Gleichstellung der sächsischen Techniker mit den preußischen herbeizuführen. Cultusminister Dr. v. Gerber erklärt, bisher sei in dieser Angelegenheit nur so viel erreicht worden, daß die Zeit, welche ein Nichtsachse auf dem Dresdner Polytechnikum zubringt, demselben angerechnet wird, als habe er sie auf dem Polytechnikum seiner Heimath verbracht. Dagegen sei noch nicht erreicht worden, daß das Prüfungszeugniß als gleichberechtigt anerkannt wird, doch sei das Finanzministerium im Verein mit dem Ministerium des Innern bestrebt, auch dieses Ziel zu erreichen. Freilich handle es sich um eine Umgestaltung des ganzen Prüfungswesens. Auch mit der Lösung der Titelfrage sei das Finanzministerium eifrigst beschäftigt.

J. Böhmer, Hof-Zinngusswaaren-Fabrik, Galeriestrasse 20 part., I. u. II.